

## Schweiz

# Kantone behindern den Wettbewerb

Werden ortsfremde Unternehmen von den Behörden benachteiligt, bleibt dies häufig ohne Folgen. Nun will die Wettbewerbskommission vermehrt den Rechtsweg einschlagen.

Von **Stefan Schürer, Bern**

Die Vorgaben des Gesetzgebers sind unmissverständlich: Das Binnenmarktgesetz soll für mehr Wettbewerb innerhalb der Landesgrenzen sorgen. Doch nicht immer zeitigt der Erlass die gewünschten Wirkungen. Gemeinden und Kantone schirmen den heimischen Markt häufig vor ortsfremder Konkurrenz ab – ohne Folgen. Die Wettbewerbskommission (Weko) will daher bei Verstössen zunehmend selber auf dem Gerichtsweg vorgehen. In den vergangenen Monaten reichten die Wettbewerbshüter erstmals selber zwei Beschwerden im Bereich der öffentlichen Vergaben ein. Dies gab die Weko gestern bekannt.

Im einen Fall ging die Weko gegen einen Zentralschweizer Kanton vor. Dieser hatte einen Auftrag für die Abdichtung einer Mülldeponie bewusst so ausgeschrieben, dass nur ein bestimmtes Unternehmen die Anforderungen erfüllen konnte. Unter anderem legte die Beschaffungsstelle fest, dass die Interessenten die geforderten Arbeiten bereits mehrmals bei anderen Deponien ausgeführt haben müssen. Der Kreis der Anbieter verringerte sich dadurch auf eine Firma, die dann auch den Zuschlag erhielt. Im anderen Fall ging es um die Neuvergabe der Logistik im Bereich gebührenpflichtiger Abfallsäcke. Die Weko schritt ein, weil ein welscher Kanton bei der Vergabe des Auftrags nur einige ausgewählte Unternehmen zur Offertenstellung einlud. Aufgrund des Auftragsvolumens wäre nach Auffassung der Weko jedoch ein offenes Verfahren durchzuführen gewesen. In beiden Fällen liegt noch kein rechtskräftiger Entscheid vor.

Gemäss Direktor Rafael Corazza will die Weko in solchen Konstellationen künftig stärker als «Anwalt eines offenen Marktes» tätig werden und selber Beschwerden einreichen. Bislang hatte sich die Weko hauptsächlich darauf beschränkt, den betroffenen Gewerbetreibenden beratend zur Seite zu stehen oder Gutachten zu verfassen. Für die Betroffenen ist es jedoch wenig attraktiv, selber gegen die lokalen Behörden vorzugehen. Zu gross sei die Furcht, beim nächsten Auftrag erst recht übergangen zu werden, sagt Corazza. Anstelle der Betroffenen müsse daher die



Im Abfallwesen etwa kommt es immer wieder vor, dass Vergabeverfahren nicht offen durchgeführt werden. Foto: Keystone

Weko Beschwerde einreichen. Dies gilt laut Corazza umso mehr, als die Behörden tendenziell das lokale Gewerbe bevorzugen würden. «Das sind ihre Wähler», sagt Corazza.

### Gewerbe soll Hinweise geben

Dieser wettbewerbshemmende Mechanismus spielt nicht nur bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Auch sonst zeigt sich in den Kantonen und Gemeinden immer wieder die Tendenz, den lokalen Markt mittels gesetzlicher Hürden vor auswärtiger Konkurrenz abzusichern. Die Weko ist daher gewillt, auch ausserhalb des Vergabebereichs von sich aus den Gerichtsweg einzuschlagen. Im letzten Jahr reichten die Wettbewerbshüter Beschwerde gegen eine Anordnung der

Zürcher Behörden ein. Diese hatten einer im Kanton St. Gallen als Aktiengesellschaft gegründeten Zahnarztpraxis den Marktzugang nur mit zahlreichen Auflagen bewilligt. Die Auflagen erwiesen sich als nicht zulässig. Im Kanton Genf ging die Weko gegen Bewilligungsgebühren für auswärtige Taxidienste vor. Das Kantonsgericht gab der Weko recht. Die Genfer Regelung verletze den Grundsatz des kostenlosen Marktzugangs.

Henrique Schneider, der den Gewerbeverband in der Weko vertritt, begrüsst den Kurswechsel. Die Wettbewerbskommission habe sich zuletzt sehr stark im Bereich des Kartellrechts, wo es um private Wettbewerbsbeschränkungen gehe, engagiert. Beschränkungen des Marktzutritts durch Kantone und Gemeinden

seien hingegen lange zurückgestellt worden, sagt Schneider.

Um die Rolle als Anwalt des Marktes wahrnehmen zu können, ist die Weko laut ihrem Direktor Corazza auf Hinweise aus dem Gewerbe angewiesen. Vielfach sei den Betroffenen jedoch nicht bewusst, dass sie sich gegen Benachteiligungen unter Berufung auf das Binnenmarktgesetz zur Wehr setzen könnten. Die Kantone wiederum sind der Weko keine grosse Hilfe. Gemäss Gesetz sind kantonale Behörden zwar verpflichtet, der Weko alle Anordnungen zuzustellen, welche das Binnenmarktgesetz betreffen. Diese Mitteilungspflicht nehmen sie jedoch «nur sehr spärlich» wahr, wie die Weko in ihrem gestern veröffentlichten Jahresbericht schreibt.

## SVP und GLP sind Wahlgewinner

Die SVP ist die Gewinnerin der kantonalen Parlamentswahlen seit Beginn dieses Jahres. Nach einer langen Durststrecke gewann die Partei 16 neue Sitze hinzu. Weiter zulegen konnte die GLP, während FDP, CVP und SP Federn lassen mussten. Drei Kantone haben dieses Jahr ihre Parlamente neu bestellt: Solothurn, Wallis und am Wochenende Neuenburg. Insgesamt 345 Sitze galt es, neu zu besetzen. In allen drei Kantonen steht die SVP auf der Siegerseite. Mit 9 zusätzlichen Mandaten im Wallis, 6 in Neuenburg und 1 in Solothurn konnte die Partei ihre zwischen den Nationalratswahlen 2011 und Ende 2012 erlittenen 20 Sitzverluste nahezu wettmachen. Zurzeit hält die SVP schweizweit 560 von 2559 kantonalen Parlamentssitzen – mehr als jede andere Partei. Ihren Siegeszug fortsetzen konnte die GLP. Sie baute ihre Präsenz in den Kantonsparlamenten um 7 auf 78 Sitze aus. Die BDP steigerte sich um 2 auf 88 Sitze. Auf der anderen Seite setzte sich bei den Grünen der Negativtrend fort. Sie kommen noch auf 190 Mandate (-1). Die CVP schaffte zwar in Neuenburg erstmals den Sprung ins Parlament. In ihren Stammlanden ging hingegen die Talfahrt weiter. Unter dem Strich büsste die Partei dieses Jahr 9 Sitze ein und verfügt noch über 460 Mandate. Bei der bisher erfolgsverwöhnten SP drehte sich 2013 der Trend. Zum ersten Mal seit den nationalen Wahlen 2011 musste sie Einbusen hinnehmen, und dies in allen drei Kantonen. Die SP besetzt landesweit noch 453 Parlamentssitze, 8 weniger als zu Jahresbeginn. Zu den Verlierern zählt auch die FDP. Nach einer ausgeglichenen Bilanz im Vorjahr verlor sie in Neuenburg und Solothurn insgesamt 7 Sitze. Sie hat noch 546 Mandate in den Kantonsparlamenten. (SDA)

## Happige Vorwürfe an die chemische Industrie

Novartis, BASF und Syngenta sollen bei der Muttenzer Deponie Feldreben eine Substanz absichtlich übersehen haben – um nicht sanieren zu müssen.

Von **Maurice Thiriet**

Die Vorwürfe der Allianz Deponie Muttenz (ADM) an Novartis, BASF und Syngenta sind happig. Diese hätten bei der Sanierung der Deponie in Monthey VS Grenzwerte für den Wasser vorkommenden krebserregenden Stoff 5-Cat und andere krebserregende Schadstoffe festgelegt. Dieselben Substanzen kommen laut den Experten von ADM auch im Grundwasser bei der Deponie Feldreben in der Nähe der Trinkwasserbrunnen Hardwald (siehe Karte) vor. Wohl aus Angst, dass die 5-Cat-Vorkommen in Muttenz die selbst festgelegten Grenzwerte übersteigen, hätten die Chemischen die Grenzwerte verschwiegen. Dafür legte die ADM gestern anlässlich einer Medienkonferenz verschiedene interne Dokumente vor. Darüber hinaus hätten die Experten der Chemischen Industrie den Stoff 5-Cat, für den Syngenta in Monthey und in den USA Entschädigungen wegen Blasenkrebses bezahlt, nicht gesucht. Dies obwohl anzunehmen sei, dass der in der Chemie weitverbreitete Stoff auch in der Feldrebengrube vorhanden sein müsste. Würde wie bei anderen Stoffen auch bei dieser Substanz nachgewiesen, dass die Grenzwerte überschritten sind, würde eine teure Komplettsanierung der Deponie unumgänglich. «Genau das wollen die BASF, Novartis und Syngenta verhindern», sagt Martin Forter, Experte von ADM. Mit der Behauptung, die gefährlichen Stoffe

seien zu 80 Prozent im Fels eingeschlossen, und der «oberflächlichen» Suche nach Giftstoffen versuche die chemische Industrie eine Komplettsanierung, die Ausgrabung der Sondermülldeponie zu verhindern. «Man will lediglich eine Grundwasserreinigung durchführen, aber das ist reine Symptombekämpfung, aber das ist reine Symptombekämpfung, wenn die giftigen Schadstoffe weiterhin im Boden liegen», sagt Forter. Die Kostendifferenzen sind für die chemische Industrie enorm. So kostet eine Grundwasserreinigung höchstens einen zweistelligen Millionenbetrag, eine Komplettsanierung indessen geschätzte 700 Millionen Franken.

### Trinkwasser für 230 000 Basler

«Es ist unverständlich, dass die chemische Industrie ausgerechnet bei der Deponie Feldreben in unmittelbarer Nähe der Trinkwasserfassungen offenbar eine Billigsanierung durchführen will», sagt Mirjam Ballmer, Co-Präsidentin der Grünen Basel-Stadt. Da die Trinkwasserversorgung von gut 230 000 Menschen in Basel, Muttenz und Allschwil davon abhängt, gebe es keinen Grund, ausgerechnet diese Deponie mit bis zu 25 000 Tonnen Sondermüll nicht komplett zu sanieren. Ballmer spielt damit auf die Deponien in Kölliken AG, Monthey, Bonfol JU, Hagenthal, Neuwiller, Huingue (F) und Grenzach (D) an, welche alle komplett saniert werden.

Laut Walter Wildi, Geologe der Universität Genf, ist es kein Zufall, dass ausgerechnet im Kanton Baselland die Abklärungen über die Stoffe im Boden und der Entschluss zu einer Totalsanierung so viel Zeit brauchen. «Der Kanton hat das Grundstück gekauft und hat nun ebenfalls kein Interesse mehr an einer Totalsanierung, da diese viel länger dauert. Eine Zeit, in der man das Gelände



TA-Grafik san

nicht anders nutzen kann», sagt Wildi. Franz Kuntz, Sprecher von BASF und der Vereinigung Basler Chemische Industrie (BCI) weist die Forderungen der ADM zurück. «2010 hat die Bevölkerung im Kanton Baselland die Initiative, die einen kompletten Aushub der Deponien in Muttenz forderte, deutlich abgelehnt», sagt Kuntz.

### «Diese Vorwürfe sind haltlos»

Insbesondere der Vorwurf, dass die mit der Untersuchung der Böden beauftragten Firmen nach einzelnen Stoffen absichtlich nicht gesucht und selbst festgelegte Grenzwerte nicht kommuniziert hätten, ist laut Kuntz haltlos. «Sämtliche Konzentrationswerte, die im Rahmen von Sanierungsprojekten von uns hergeleitet wurden, sind den Aufsichtsbehörden bekannt. Dies gilt sowohl für das Sanierungsprojekt in Monthey als auch für die ehemalige Deponie Feldreben. Von deren Verheimlichung von Stoffen oder deren hergeleiteten Konzentrationswerten durch die BCI, wie die ADM behauptet, kann somit keine Rede sein.»

## AKW Fessenheim droht vorzeitiges Aus

Dem über 30 Jahre alten französischen AKW Fessenheim droht ohne weitere Investitionen das vorzeitige Aus. Die französische Atomaufsicht ASN forderte gestern vom Betreiber EDF für den zweiten Reaktor eine Stärkung des Betonsockels und die Einrichtung eines Notkühlsystems. Sollten die Arbeiten nicht bis zum Jahresende abgeschlossen werden, werde das unweit der Schweiz gelegene AKW bereits vor dem für 2016 festgelegten Betriebsende geschlossen. Für den Reaktorblock 1 hatte die Aufsicht bereits 2011 ähnliche Auflagen beschlossen, die bis Ende Juni umgesetzt werden sollen. EDF hat der Nachrüstung von Block 1 zugestimmt, was 20 Millionen Euro kostet. Ein Stillstand des umstrittenen Reaktors, der in einem erdbebengefährdeten Gebiet steht, verursacht einen Verlust von einer Million Euro pro Tag. Präsident François Hollande hatte im Wahlkampf 2012 die Schliessung des ältesten noch arbeitenden französischen Atomkraftwerks mit einer Leistung von 1800 Megawatt angekündigt. (Reuters)

## Nachrichten

Bevölkerung

### Herz-Kreislauf-Krankheiten häufigste Todesursache

2010 sind in der Schweiz 62 649 Menschen gestorben. In mehr als vier Fünfteln dieser Fälle haben mehrere Krankheiten zum Tod beigetragen, wie das Bundesamt für Statistik mitteilte. Bei über 80-Jährigen sind Herz-Kreislauf-Krankheiten, bei Menschen unter 80 Krebs dominierend. Lediglich bei 11 Prozent der Todesfälle gibt es nur eine Ursache – sei es Krankheit oder Unfall. Bei fast jedem vierten Todesfall sind es zwei Diagnosen, bei 30 Prozent drei und bei 31 Prozent sogar vier. 22 000 Menschen starben an Herz-Kreislauf-Krankheiten, der häufigsten Todesursache. (SDA)

Ostermundigen BE

### 61 Logistikmitarbeiter der Post verlieren ihre Stelle

Die Schweizerische Post will Ende April 2014 ihr Logistikzentrum im Berner Vorort Ostermundigen schliessen, im Rahmen der 2012 angekündigten Neuausrichtung der Stückgut- und Lagerlogistik. Betroffen sind 61 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Für sie wird der im letzten Jahr ausgehandelte Sozialplan angewendet. Die Post sicherte zu, alles daranzusetzen, um Entlassungen zu vermeiden. (SDA)

Zweitwohnungen

### Kantone wollen Markt für Ferienwohnungen ankurbeln

Mit einem Bündel von Massnahmen wollen Gebirgskantone den Markt für bewirtschaftete Ferienwohnungen ankurbeln. Eine von ihnen bestellte Studie empfiehlt, die Vermietungsbereitschaft für «warme Betten» zu erhöhen, die Nachfrage zu stimulieren und Modelle für Ferienwohnungen zu kreieren. Wichtig sei auch die Steigerung der Attraktivität ausserhalb der Hochsaison – etwa durch spezielle Angebote oder Veranstaltungen. Die im März 2012 angenommene Zweitwohnungsinitiative, welche die Ferienwohnungen pro Gemeinde auf 20 Prozent beschränkt, zwingt den Tourismusregionen neue Wege auf. (SDA)

Atomstrom

### Schweiz erhält Lob von internationalen Experten

Die Schweiz ist von europäischen Atomenergie-Experten für ihren Aktionsplan zum AKW-Stresstest gelobt worden. Die Schweiz habe nach dem Unfall von Fukushima bedeutende Sicherheitsverbesserungen verwirklicht. Zu diesem Schluss kamen laut Angaben des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektors (Ensi) internationale Experten an einem Workshop der European Nuclear Safety Regulator Group letzte Woche. Die Experten hätten besonders auf die rasche Realisierung des Lagers in Reitnau AG hingewiesen, in dem zusätzliche Hilfsmittel für die Bewältigung eines schweren Atomunfalls lagern. Die EU-Experten hoben auch positiv hervor, dass die Gesetzgebung in der Schweiz alle zehn Jahre eine periodische Sicherheitsüberprüfung der Kernkraftwerke verlange. (SDA)